Protokoll

der ordentlichen Versammlung der Einwohnergemeinde Wohlen

Dienstag, 4. Dezember 2012, 19.30 Uhr, in der Aula des Kappelenring-Schulhauses Hinterkappelen

Bekanntmachung durch Ausschreibung

im Anzeiger Region Bern Nr. 83 vom 31. Oktober 2012 und Nr. 88 vom 16. November 2012

Vorsitz

Gemeindeversammlungsleiter Martin Gerber, Hinterkappelen

Sekretär

Gemeindeschreiber Thomas Peter, Wohlen

Protokoll

Gemeindeschreiber-Stv. Anita Remund Wyss, Murzelen

Stimmrecht

Stand des Gemeindestimmregisters am 4. Dezember 2012:

Frauen	3'513
Männer	3'147
Stimmberechtigte insgesamt	6'660
Anzahl Einwohnerinnen und Einwohner	8'998

Stimmenzähler Stimmberechtigte

Sektor 1: Beat Haenni, Uettligen Sektor 2 (inkl. Ratstisch): Annamarie Mani, Murzelen	14 53

Anwesend

stimmberechtigte Frauen und Männer total 108 = 1.62 %

Gäste

- Bruno Frantzen, Leiter Finanzen/Steuern
- Marcel Kälin, Sachbearbeiter Liegenschaften

Stimmberechtigung

Der Gemeindeversammlungsleiter stellt im weiteren die Frage, ob Personen im Saal anwesend sind, die noch nicht seit drei Monaten in der Gemeinde Wohlen angemeldet oder noch nicht 18-jährig sind. Nicht Stimmberechtigte hätten ebenfalls auf den für Gäste reservierten Stühlen Platz zu nehmen.

Das Stimmrecht wird von niemandem bestritten. Die Versammlung ist somit beschlussfähig und gilt als eröffnet.

Traktanden

- 1. Protokoll der ordentlichen Gemeindeversammlung vom 20. Juni 2012
- 2. Genehmigung des Voranschlages 2013 und Festlegung der Besteuerungsgrundlagen
- 3. Oberstufenschule Hinterkappelen; Sanierung Schulküche; Genehmigung Verpflichtungskredit
- 4. Berichterstattung und Verschiedenes

Verleihung Wohlener Hecht

Der Versammlungsleiter stellt die Frage, ob jemand eine Abänderung der vorgelegten Traktandenliste wünscht. - Es meldet sich niemand zu Wort.

Verhandlungen

1. Protokoll der ordentlichen Gemeindeversammlung vom 20. Juni 2012

Antrag des Gemeinderates

Der Gemeinderat beantragt der Versammlung die Genehmigung ohne Verlesen.

Gemeindeversammlungsleiter Martin Gerber gibt bekannt, der Gemeinderat habe das Protokoll gelesen und in Ordnung befunden.

Gemeindebeschluss

Das Protokoll der ordentlichen Gemeindeversammlung vom 20. Juni 2012 wird ohne Wortmeldungen mit grossem Mehr ohne Gegenstimmen genehmigt.

2. Genehmigung des Voranschlages 2013 und Festlegung der Besteuerungsgrundlagen

Bericht

Gemäss Botschaft zur Dezember-Gemeindeversammlung.

Anträge des Gemeinderates

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung folgendes:

1. Festlegung der Besteuerungsgrundlagen und Taxen

Steueranlage für das Jahr 2013 1.54 Einheiten (unverändert) Liegenschaftssteuer 1.0 % (unverändert) Hundetaxe Fr. 100.-/Jahr (unverändert)

2. Genehmigung des Voranschlags 2013

Es sei der mit Fr. 45'881'040.- Aufwand und Fr. 43'964'350.- Ertrag mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 1'916'690.- abschliessende Voranschlag für das Jahr 2013 zu genehmigen.

Beratung

Gemeindepräsident Eduard Knecht erläutert den Voranschlag 2013 und erklärt, warum der Gemeinderat darauf verzichtet, schmerzliche Kürzungen in Bereichen vorzunehmen, wo die Gemeinde autonom ist. Zu unsicher sind die kantonalen Budgetvorgaben, welche Auswirkungen des Finanz- und Lastenausgleichs in der Gemeinderechnung wiedergeben sollen. Zur Zeit können leider auch noch keine verlässlichen Prognosen bezüglich Rechnungsabschluss 2012 gemacht werden. Der Gemeinderat hat an seiner letzten Sitzung beschlossen, dass dem Personal keine Teuerung ausbezahlt wird. Dies führt im Voranschlag 2013 bereits zu einer Entlastung von Fr. 140'000.-.

Bruno Frantzen, Leiter Finanzen/Steuern, zeigt anhand einer Power-Point-Präsentation den Voranschlag 2013, die unveränderten Gebührensätze, die Investitionsrechnung, die Abschreibungen, die Spezialfinanzierungen, die Steuerprognosen und die Finanzkennzahlen.

Gemeindepräsident Eduard Knecht erläutert den Finanzplan 2014 – 2016. Der Finanzplan hat sich in Bezug auf Ausgaben nur unwesentlich verändert. Das gemeinderätliche Ziel, die Eigenkapitalbasis auf drei Steueranlagezehntel (rund 4 Mio Franken) schrumpfen zu lassen, wird nicht bereits per Ende 2013 erreicht, sondern per Ende 2014. Die negativen Rechnungsergebnisse führen zwangsweise zu einer Neuverschuldung. Nach Vorliegen des Rechnungsergebnisses 2012 werden die Budgetvorgaben 2014 angepasst und möglicherweise ein Sparkurs eingeleitet. Der Gemeinderat bittet die Versammlung um Verständnis und möchte keine 'Hauruckübung' in Bezug auf die Gemeindefinanzen durchziehen.

Peter Mahrer, Innerberg: Ihm ist aufgefallen, dass im Bereich Bildung die Kosten von 2011 auf 2013 von rund 7.65 Mio Franken um über 15 % auf 9 Mio Franken angestiegen sind. Und dies obwohl eine Schule geschlossen und Lektionen gekürzt wurden. Er möchte vom Gemeinderat wissen, was die Schulschliessung in Säriswil gebracht hat und warum dies nicht in den Budgetzahlen ersichtlich ist. Das Defizit ist rekordverdächtig. Ist die Erhöhung der Lohnsumme des Personals um 1 % nötig? Auch in diesem Bereich sollte es Kürzungen geben. Er möchte wissen, welches die Konsequenzen sind bei einem Sparpaket und was dies für den Finanzhaushalt bedeuten würde. Welche Auswirkungen hat eine Schliessung des Kernkraftwerks Mühleberg auf die Gemeinde Wohlen? Welche Prioritäten werden bei den Investitionen gesetzt? Die geplante Sanierung des Dorfplatzes in Hinterkappelen soll Fr. 80'000.- kosten. Dieses Geld könnte sinnvoller investiert werden. Er möchte auf seine Fragen Antworten erhalten und später dann einen Antrag stellen.

Thomas Gerber, Hinterkappelen: Beim Voranschlag 2013 sind die Ausgaben um 4 % höher als die Einnahmen. Die Grüne Wohlen findet dies bei einem Betrag von über 40 Mio Franken viel zu viel. Es zeigt sich, dass der Gemeinderat letztes Jahr falsch gehandelt hat und die mögliche Steuererhöhung, welche ohne Volksentscheid möglich gewesen wäre, nicht vollzogen hat. Das Eigenkapital reduziert sich per Ende 2013 auf 5 Mio Franken und der Selbstfinanzierungsanteil sinkt auf 0. Er ist überrascht, dass der Gemeinderat keine Perspektiven für die Zukunft aufzeigt. Hoffen auf weitere Lottogewinne hilft wenig. Was passiert, wenn Wohlen in eine rezessive Phase rutscht? Die Grüne Wohlen stimmt trotz dieser unbeantworteter Fragen dem Voranschlag 2013 zu. Er stellt folgenden Antrag: Der Beitrag an die Musikschule Wohlen soll um den vom Kanton gekürzten Betrag von ca. Fr. 16'203.- erhöht werden.

Begründung: Am 23. September 2012 stimmte die Berner Bevölkerung mit überwätigenden 71.5 % dem Musik-Verfassungsartikel zu. Dieser will die Musik für alle fördern. Aus Spargründen hat der Grosse Rat letzte Woche den Kantonsbeitrag an die Musikschulen um 3 % gekürzt. Dieser Entscheid missachtet klar den Willen der Bevölkerung. Mit dem Inkrafttreten des kantonalen Musikschulgesetzes 2012 wurden die Gemeinden um ca. 10 % entlastet, weshalb nun die Gemeinde Wohlen den vom Kanton eingesparten Betrag von 3 %, ca. Fr. 16'200.-, auffangen soll. Der Beitrag ist nach wie vor tiefer als derjenige vor dem Inkrafttreten des Musikschulgesetzes. Die Erhöhung um Fr. 16'000.- liegt alleweil drin. Der Elternbeitrag soll nicht erhöht werden.

Bernhard Berger, Uettligen: Die BDP stimmt dem Voranschlag zu, auch wenn sie keine Freude daran hat. Man muss aber auch die Situation mit dem Kanton anschauen, welche auch keine Freude bereitet. Der Gemeinderat kann keine Wunder erbringen und an den kleinsten Schrauben zu drehen bringt auch nichts. Eine Steuererhöhung ist zur Zeit kein Thema. In zwei bis drei Jahren sieht es möglicherweise anders aus. Wenn kein Spielraum vorhanden ist, erübrigen sich grosse Diskussionen. Die BDP nimmt den Voranschlag 2013 so zur Kenntnis.

Ueli Streit, Innerberg, dankt im Namen der SVP für die offene und transparente Darstellung des Voranschlags. Es handelt sich dabei um einen Patienten, welcher dank der Reserve noch nicht pflegebedürftig ist. Ein Voranschlag mit fast 2 Mio Franken ist der schlechteste seit Jahren. Die SVP ist sehr enttäuscht. Nicht nur über die Grösse des Defizits, sondern auch über den weiteren Abbau selbsterarbeiteter Mittel. Der Gemeinderat sollte den Sparwillen deutlich machen und unpopuläre Massnahmen darlegen, ansonsten muss über die Steueranlage diskutiert werden. Externe Belastungen wie das FILAG und die Steuergesetzrevision belasten die Gemeinde nachhaltig und stark. Der Personalaufwand erfährt eine Zunahme, obwohl seit 2008 eine geringe Teuerung ausgewiesen wird. Für ca. 4.8 Mio Franken werden Investitionen getätigt, welche nur zu rund 30 % selber bezahlt werden können. Ist dies realistisch? Muss zwingend alles realisiert werden? Fremdkapital kann aus den Spezialfinanzierungen günstiger beschafft werden als extern, aber mittel- und langfristig nehmen die Schulden trotzdem zu. Die Bankenregulierung wird ab 2013 gültig sein und dadurch wird sich die Zins-Landschaft verändern und die Risiken höher sein. Der vorliegende Voranschlag ist eher kurzsichtig und eine Nachhaltigkeit ist nicht ersichtlich. Es stellt sich die Frage, ob mit den selber beeinflussbaren Mitteln genügend sorgfältig umgegangen wird. Die Gemeinde wächst nur minim. Weiter ist die demografische Entwicklung sowie die rückläufige Steuerentwicklung zu beachten. Finanzpolitisch besteht dringender Handlungsbedarf. Die SVP sagt trotzdem ja zum Voranschlag 2013. Es wird dann noch ein Änderungsantrag gestellt.

Daniel Bähler, Hinterkappelen, spricht für die SPplus. Er kann sich dem Votum Mahrer anschliessen. Er möchte vom Gemeindepräsidenten wissen, warum im Konto 'Diverse Honorare und Gebühren' nun Fr. 10'000.- vorgesehen sind und letztes Jahr Fr. 40'000.-? Warum genau ist dieser Betrag so viel tiefer im Voranschlag 2013?

Peter Fluri, Säriswil, hat im Editorial der Botschaft gelesen, dass das ambitionierte Ziel, einen ausgeglichenen Voranschlag zu unterbreiten, nicht erreicht werden konnte. Bei der Begründung ist die Rede von Verzögerungen von Bauten sowie abgelehnte Entwicklungsprojekte. Was für Projekte waren dies? Was machen diese aus? Er ist konsterniert, so etwas zu lesen. Die Gemeindeversammlung wird angeschuldigt, falsche Entscheidungen getroffen zu haben und nun die Schuld tragen zu müssen.

Andreas Kläy, Säriswil, fragt sich, wo die politischen Visionen und die Nachhaltigkeit ersichtlich sind. Die Schule Säriswil wurde mit Füssen getreten. Wird so weitergefahren muss ein Steuersparkurs eingeschwenkt werden. Was dies bedeutet, haben wir bereits erfahren. Denkzwänge werden zu Sachzwängen gemacht. Er möchte eine Politik und eine Qualität, nicht nur einen Sparkurs. Wie die Erfahrung zeigt, werden randmarginale Dörfer darunter leiden.

Gemeindepräsident Eduard Knecht beantwortet soweit möglich die Fragen. Gemeinderätin Susanne Schori wird zur Bildung Antworten geben.

Zur Erhöhung der Lohnsumme um 1 %: Immer wieder erhält er Lob für seine Mitarbeitenden. Die Gemeinde verfügt über ein Lohnsystem, bei dem die Leistung und Erfahrung bewertet wird. Wer überdurchschnittlich gute Arbeit leistet sollte auch entsprechend entlöhnt werden. Zu den Personalzahlen: Die Erhöhung des Personalaufwandes ist vor allem auf die Übernahme der Angestellten der Kindertagesbetreuung und die Einführung der Schulsozialarbeit, welche an der Juni-Gemeindeversammlung beschlossen wurde, zurückzuführen. Die Schaffung der neuen Stelle 'Sachbearbeitung Umweltsekretariat' machen Fr. 26'500.- aus. Für die Dauerarbeitslosen ist ein Betrag von Fr. 21'000.- vorgesehen. Für die neuen Stellen im Zusammenhang mit der Übernahme des Sozialdienstes Meikirch sind Fr. 62'500.- eingestellt. Die Lohnerhöhung von 1 % entsprechen

Fr. 60'000.- der gesamten Lohnsumme. Es erhalten nicht alle Mitarbeitende automatisch mehr Lohn im nächsten Jahr.

Betreffend Steuern haben wir beim AKW Mühleberg keine Beteiligung und somit hat eine Schliessung keinen Einfluss auf die Gemeinde.

Zum Dorfplatz Hinterkappelen: Dort wird ein Projekt ausgearbeitet, welches voraussichtlich dem Souverän unterbreitet wird. Die Begründungen dazu werden zu diesem Zeitpunkt erfolgen. Es stimmt, dass die Ausgaben 4 % höher sind als die Einnahmen. Der Souverän gab damals den Auftrag, nicht Steuern auf Vorrat einzufordern und das Eigenkapital auf ein vernünftiges Niveau zu bringen. Die Höhe des Eigenkapitals soll in etwa drei Steueranlagezehntel betragen.

Zum Vorwurf, der Gemeinderat habe keine Perspektiven und hoffe auf Lottogewinne, reagiert er nicht.

Zur Kürzung der Musikschulbeiträge durch den Kanton: Wir kennen zum heutigen Zeitpunkt die Auswirkungen nicht. Eine Anpassung dieses Budgetpostens wäre nicht seriös.

Zum Votum Ueli Streit: Es gibt einen Patienten. Es ist aber noch nicht klar, welche Behandlung dieser braucht – die Krankheit wird beobachtet. Es ist möglich, Leistungen abzubauen, welche positive Auswirkungen haben. Die Leistungen wurden jedoch bestellt und müssen nun auch bezahlt werden.

Zum Konto 'Diverse Honorare und Gebühren': Die Gemeinde hat keinen Juristen angestellt. Die Fr. 40'000.- wurden für rechtliche Abklärungen und für Kommunikationsberatungen ausgegeben. Die Gemeinde war in einen juristischen Streitfall verwickelt und brauchte die Hilfe eines Juristen. Der Betrag in diesem Konto kann nun auf Fr. 10'000.- reduziert werden.

Zum Votum Fluri betreffend abgelehnten Entwicklungsprojekten: Als Demokrat kann er mit den Entscheidungen des Souveräns leben. Durch die Ablehnung der Umzonungen Säriswilstrasse und Musterplatz gibt es auch keine Steuerentwicklungen. Sollten bei der Überbauung Kappelenbrücke Einsprachen eingehen, kann die Gemeinde das Bauvorhaben nicht beschleunigen. Diese Verzögerung hätte auch Einfluss auf die Steuereinnahmen, ebenso die erwähnten abgelehnten Projekte. Auf das Votum Andreas Kläy möchte er nicht eintreten.

Gemeinderat Bänz Müller: Die Sparmassnahmen des Kantons betreffen im Departement Soziales die Kindertagesbetreuung und die Schulsozialarbeit. Unsere Kita verfügt heute über 30 Plätze. Sie wurde in den letzten Jahren schrittweise ausgebaut. Die Sparmassnahmen des Kantons betreffen nur neue Ausbauangebote. Da ein weiterer Ausbau nicht geplant ist, ist unsere Kita nicht von dieser Sparrunde betroffen. Der Kanton reduziert die Kostenbeteiligung an der Schulsozialarbeit. Im Juni hat die Gemeindeversammlung die Schulsozialarbeit per 1. Januar 2013 und somit die Bruttokosten beschlossen. Die Gemeinde ging davon aus, dass sich der Kanton mit 30 % an den Lohnkosten beteiligt. Sollte die Beteiligung ganz gestrichen werden, würde dies für die Gemeinde Wohlen Fr. 36'000.- ausmachen.

Gemeinderätin Susanne Schori: Der Gemeinderat hat auf Antrag der Schulkommission Teilprojekten zugestimmt, anhand deren Ergebnisse die Schulstrategie-Diskussion weitergeführt werden kann. Bei Bedarf können mittelfristig neue Ziele festgelegt werden, damit genügend Zeit für die Vorbereitung auf Veränderungen bleibt. Bei den Teilprojekten geht es um Schülertransport. Tagesschule, Schulwegsicherung, Ferieninseln, Schulverwaltungssoftware, Schulraumplanung, Schulleitsätze, Qualtitässicherung, Qualitätsentwicklung, Personal, Kommunikation, Unterrichtskonzepte und Schulangebote. Es können nicht alle Teilprojekte auf einmal gelöst werden. Aufgrund der Einwohnerkontrolle werden die aktuellen Schülerzahlen festgestellt. Diese haben in den letzten zehn Jahren stetig abgenommen. Aktuell hat es 486 Primarschüler; in sechs Jahren voraussichtlich 458. Vermutlich werden mit diesem Rückgang von 6 % zwei weitere Klassen geschlossen werden. Die Mehrausgaben von ca. Fr. 800'000.- gegenüber dem Budget 2012 sind vor allem auf die FILAG-bedingten Gehaltskostenbeiträge (+ Fr. 350'000.-) zurückzuführen. Dies hängt damit zusammen, dass die Gemeinde eher tiefere durchschnittliche Schülerzahlen pro Klasse hat. Auf das Schuljahr 2015/2016 soll die Schülerzahl deshalb auf 19 Kinder angehoben werden. Die Schulleitungen und die Schulkommission prüfen zur Zeit, wie dies erreicht werden kann. Weiter treiben ab 2013 das Frühenglisch und Frühfranzösisch mit Einweglehrmitteln die Kosten in die Höhe.

Anhand einer Power-Point-Präsentation zeigt sie die finanziellen Auswirkungen der Schliessung Primarschule Säriswil. Welche Kosten die Schule Säriswil im laufenden Schuljahr auslösen würde, können nur geschätzt werden. Eine nicht abschliessende Auflistung von einzelnen Kontogruppen zeigt auf, dass die Schliessung der Schule nach den ersten vier Monaten keine grossen Mehrkosten, aber auch keine grossen Einsparungen gebracht haben. Bewusst nicht aufgeführt sind die Kosten der Liegenschaft, weil diese zur Zeit noch nicht feststellbar sind. Erst mit dem Entscheid zur Umnutzung des Schulhauses Säriswil wird die zukünftige finanzielle Belastung zu entscheiden sein.

Bruno Frantzen, Leiter Finanzen/Steuern: Zu Recht wurde die Kostenerhöhung auf 9 Mio Franken im Bereich Bildung festgestellt. Die Auswirkungen des FILAG wurden bereits erwähnt. Zudem kommt die letztjährige faktische Steuersenkung nun zum Tragen. Die Schliessung der Schule Säriswil führt im Moment zu keinen Minderkosten. Mittelfristig können mit dem Beschluss des Gemeinderates, die Schülerzahlen auf 19 Kinder pro Klasse zu erhöhen, Kosten gespart werden. Dies geschieht jedoch nicht von einem aufs nächste Jahr. Die Kosten der neu eingeführten Schulsozialarbeit wurden bereits erwähnt. Zur Bemerkung Zins-Landschaft: Die Gemeinde beschafft kein Geld mehr auf dem Fremdmittelmarkt, sondern von den Spezialfinanzierungen. Dies führt zu 'internen' Verzinsungen. Er sieht diesbezüglich für die nächsten Jahre keine Gefahr betreffend Mehrausgaben.

Mathias Moser, Uettligen, ist über das fast 2 Mio Franken hohe Defizit erschrocken. Ein genehmigter Voranschlag ist für die Handlungsfähigkeit der Gemeinde jedoch am wichtigsten. Das Defizit sollte von 2014 – 2017 nicht höher als 1.5 Mio Franken sein. Er stellt folgenden **Antrag:** Der Aufwandüberschuss ist durch eine Reduktion der Aufwandseite um Fr. 416'690.- von Fr. 1'916'690.- auf Fr. 1'500'000.- zu beschränken, wobei dem Gemeinderat die Kompetenz delegiert wird, wo er diesen Betrag einsparen will.

Andreas Dietrich, Innerberg: Es darf nicht zugelassen werden, dass der Gemeinderat mit seiner Investitionstätigkeit das Eigenkapital innerhalb drei Jahren vernichtet. Er hat die vergangenen Finanzpläne miteinander verglichen. Der Gemeinderat hat die Investitionen mit 25.3 Mio Franken fast verdoppelt. Er hat keine Ahnung, warum so viel Geld verpulvert wird. Der Gemeinderat sollte Konsequenzen darlegen und der Gemeindeversammlung reinen Wein einschenken. Der Gemeinderat müsste eigentlich gleichzeitig eine Steuererhöhung von ein bis zwei Steueranlagezehnteln beantragen. Dazu fehlt ihm aber der Mut, da dieser Voranschlag zurückgewiesen würde. Der Rat muss endlich seine Hausaufgaben machen. Warum ist das Gemeindepräsidium ein Vollamt? Der Gemeinderat hat wohl Wichtigeres zu tun als sich Gedanken für die Zukunft zu machen. Wohlen ist eine schöne, gute Gemeinde und gut mit dem öV erschlossen. Wir müssen unbedingt die Vorzüge der Gemeinde erhalten. Dazu gehört auch eine nachhaltige Finanzpolitik. Sich mit anderen Gemeinden zu messen ist wichtig. Wohlen rutscht in der Rangliste des Kantons Bern immer weiter nach hinten und befindet sich nun im letzten Drittel. Der Gemeinderat unterbreitet der Gemeindeversammlung einen mutlosen Voranschlag und ist nicht bereit, über den Tellerrand zu schauen. Es ist ein wahltaktischer Hintergrund ersichtlich. Das kurzfristige taktische Spiel darf nicht zugelassen werden und der Gemeinderat muss seine Hausaufgaben machen. Aus diesen Gründen stellt er folgenden Antrag: Der Gemeinderat wird beauftragt, bis zur nächsten Gemeindeversammlung vom 19. März 2013 ein Massnahmen-Paket vorzulegen, welches aufzeigt, wie die Jahresergebnisse des Finanzplans 2013 – 2016 wieder ins Gleichgewicht gebracht werden. Über dieses Massnahmen-Paket hat die Gemeindeversammlung dann zu beschliessen.

Christian Lauterburg, Uettligen: Der FDP gefällt der Voranschlag mit dem hohen Defizit auch nicht. Trotzdem ist sie der Auffassung, dass die Perspektiven gewahrt werden und der Voranschlag sorgfältig erarbeitet wurde. Der Sachaufwand steigt und Handlungsbedarf ist vorhanden. Die höheren Kosten von fast Fr. 800'000.- im Sozialwesen entstehen durch das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht. Dies erklärt schon fast die Differenz vom Voranschlag 2012 zu 2013. Bei der Ausgabenseite konnten gewisse Einsparungen nicht gemacht werden und es gab Verzögerungen. Das Projekt zur Erhöhung der Schülerzahlen konnte beispielsweise nicht so schnell

wie gewollt umgesetzt werden. Eine Schulstrategie ist jedoch beschlossen. Steuereinnahmen stagnieren. Wie im Editorial zur Botschaft erwähnt, wurden in der Vergangenheit Beschlüsse gefasst, welche Projekte verhindern oder verzögern. Diese Entscheide sowie die Demographie haben Auswirkungen auf die Steuereinnahmen. Die Steuergesetzrevision, welche den Mittelstand entlastet, hinterlässt bei den Steuererträgen ebenfalls Spuren. Es wurde gesagt, der Gemeinderat habe keine Perspektiven – diese wurden durch entsprechende Entscheide auch gestoppt. Die Gemeinde muss handlungsfähig sein und über einen beschlossenen Voranschlag verfügen. Dem Gemeinderat ist es gelungen, mit etwas Glück das Eigenkapital zu erhöhen. Das Polster genügt, Defizite aufzufangen. Die Kennzahlen sind zur Zeit nicht alarmierend. Angesichts des Zinsniveaus ist die Zunahme der Schulden unbedenklich. Nächstes Jahr sind die FILAG-Auswirkungen besser bekannt, die Überbauung Kappelenbrücke kann realisiert und die Schulstrategie endlich umgesetzt werden. Die FDP erwartet vom Gemeinderat für die kommenden Jahre eine vertiefte Prüfung der Ausgaben. Im Grundsatz kann die FDP die Anliegen der SVP unterstützen, auch wenn nicht klar ist, wo die von seinem Vorredner geforderten Einsparungen möglich sind. Diese können erst im Hinblick auf den Voranschlag 2014 gemacht werden. Es ist Zeit, dass auf der Entwicklungsseite vorwärts gemacht wird. Die FDP empfiehlt die Annahme des vorgelegten Voranschlags 2013.

Martin Lachat, Hinterkappelen: Die SPplus sagt zähneknirschend ja zum Voranschlag 2013. Der Ausgabenüberschuss ist bedenklich. Sie hat den Voranschlag genau angeschaut und stimmt ihm zu. Anders sieht es beim Fiananzplan aus, welcher jährlich einen Aufwandüberschuss von über 1 Mio Franken vorsieht. Pro Jahr fehlt ein Steueranlagezehntel. Dies hat zur Folge, dass das Eigenkapital schmilzt und gegen Ende der Planperiode ein Bilanzfehlbetrag resultiert. Es wird nötig, dass die Gemeinde Fremdkapital beschafft und die Schulden von heute über 20 Mio Franken auf ca. 30 Mio Franken steigen. Das Ziel des Gemeinderates, einen Selbstfinanzierungsgrad von 80 % zu haben, kann nicht eingehalten werden. Der Selbstfinanzierungsgrad ist schlecht. Es kann nicht alles mit Einsparungen wettgemacht werden.

Er empfiehlt den Voranschlag 2013 zur Annahme. Der Finanzplan muss dringend näher betrachtet werden. Das weitere Vorgehen muss aufgezeigt werden, ebenfalls ob es eine Steuererhöhung braucht oder nicht. Die SPplus hat festgestellt, dass der Gemeindepräsident eine Lohnerhöhung von 7.1 % seit 1. Januar 2010 bis zum Voranschlag 2013 erhalten hat. Beim Gemeindepersonal beträgt diese 4 %. Woher stammt diese Differenz?

Peter Mahrer, Innerberg, dankt Bänz Müller für seine Ausführungen. Er ist sehr erstaunt über die Einsparungen im Zusammenhang mit der Schulschliessung Säriswil. Die Mehrkosten sind in etwa identisch mit den Minderkosten. Die Gemeinde hat es dafür geschafft, ein Dorf zu spalten. Die Beratungskosten von Fr. 40'000.- sind in den Sand gesetzt. Wohlen lebt über ihre Verhältnisse. Alleine das Eigenkapital wurde um 25 % verringert. Mit der Verhinderung von Entwicklungsprojekten wird die Schuld an den Souverän weitergegeben. Er findet dies absolut unangemessen. Er stellt folgenden Antrag: Das Budget 2013 sei mit dem Auftrag zurückzuweisen, ein neues Budget vorzulegen mit einem maximalen Aufwandüberschuss von 10 % des mutmasslichen Eigenkapitals per 31. Dezember 2012 und ohne Steuererhöhung.

Die Finanzen dürfen nicht mehr aus dem Ruder laufen. Wenn das Eigenkapital schon aufgebraucht wird, dann nicht nur innerhalb von ein bis zwei Jahren, sondern nachhaltig. Spätestens in zwei Jahren werden wir mit dem jetzigen Gemeinderat über massive Steuererhöhung zu diskutieren haben. Er hat keine weitsichtige Planung erkennen können. Es wurden nur unpopuläre Entscheidungen getroffen, welche der Gemeinde keinen Ertrag einbringen.

Gemeindeversammlungsleiter Martin Gerber: Da es sich beim Rückweisungsantrag Peter Mahrer um einen Ordnungsantrag handelt, muss über diesen sofort abgestimmt werden. Das Wort hat einzig noch Gemeindepräsident Eduard Knecht.

Gemeindepräsident Eduard Knecht: Zum Antrag Mathias Moser: Wo die Einsparungen von Fr. 400'000.- gemacht werden sollen, ist dem Gemeinderat überlassen. Er bittet die Versammlung, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen und nicht über undefinierte Einsparungen abzustimmen, welche dann der Gemeinderat zu entscheiden hätte.

Auf das Votum von Andreas Dietrich geht er nicht weiter ein. Die von Christian Lauterburg gemachten Feststellungen, wonach die Einsparungen erst im Hinblick auf den Voranschlag 2014 gemacht werden können, treffen zu.

Zu seinem Lohn: Der Gemeinderat ist für die Festsetzung seines Lohnes zuständig. Der Lohn war bei seinem Amtsantritt tiefer angesetzt als ihm damals in Aussicht gestellt wurde. Der Gemeinderat hat diese Korrektur nun vorgenommen. Vizegemeindepräsident Bänz Müller könnte dazu noch Erläuterungen abgeben.

Zum Votum Peter Mahrer: Gemeinderätin Susanne Schori hat die Zahlen zur Schulschliessung Säriswil und zur Schulentwicklung bereits genannt. Der FILAG-Betrag konnte noch nicht eingespart werden, da der Schulstreit eineinhalb Jahre dauerte und der Schulentscheid erst auf August 2012 umgesetzt werden konnte. Die Umsetzung der Schülerzahlen auf 19 Kinder pro Klasse ist nicht sofort möglich. Er bittet die Versammlung, dem gemeinderätlichen Antrag zuzustimmen. Der Gemeinderat hat auch keine Freude am Defizit. Es war aber auch ein Auftrag der Gemeindeversammlung, das Eigenkapital nicht anzuäufnen. Der Gemeinderat hat nun mutig entschieden, nicht sofort darauf zu reagieren und das Rechnungsergebnis 2012 abzuwarten.

Gemeinderat Bänz Müller: Der Gemeinderat hat Ende November die Lohnerhöhung des Personals um 1 % und die Erhöhung des Gemeindepräsidenten-Lohnes um 0.5 % entschieden.

Abstimmung

Der Rückweisungsantrag Peter Mahrer wird mit grossem Mehr gegen 14 Stimmen abgelehnt.

Gemeindeversammlungsleiter Martin Gerber gibt das weitere Vorgehen über die anderen Anträge aus der Versammlung bekannt.

Abstimmung

Der Antrag Thomas Gerber (Erhöhung Budgetbetrag Musikschule um Fr. 16'203.-) wird mit 57 zu 36 Stimmen abgelehnt.

Gemeindeversammlungsleiter Martin Gerber: Beim Antrag Andreas Dietrich geht es um den Finanzplan, welcher in der Komeptenz des Gemeinderates liegt. Der Gemeinderat hat dann mit dem Entscheid die Wahl, wie und ob er diesen umsetzen will.

Der Antrag Andreas Dietrich (Unterbreitung Massnahmen-Paket an die Gemeindeversammlung vom 19. März 2013 betreffend Gleichgewicht Jahresergebnisse Finanzplan 2013 – 2016) wird mit 44 zu 33 Stimmen abgelehnt.

Gemeindeversammlungsleiter Martin Gerber: Über den Antrag Mathias Moser (Reduzierung Defizit auf 1.5 Mio Franken ohne Vorgaben betreffend Einsparungen) kann gemäss Art. 23 (offensichtlich undurchführbar) nicht eingetreten und somit nicht abgestimmt werden.

Schlussabstimmung

Die Anträge des Gemeinderates werden mit grossem Mehr gegen 14 Stimmen angenommen.

Gemeindebeschluss

Die Gemeindeversammlung beschliesst folgendes:

Besteuerungsgrundlagen und Taxen
Steueranlage für das Jahr 2013
Liegenschaftssteuer
Hundetaxe
1.54 Einheiten
1.0 %
Fr. 100.-/Jahr

.0 % (unverändert)

(unverändert)

Fr. 100.-/Jahr (unverändert)

2. Voranschlag 2013

Der mit Fr. 45'881'040.- Aufwand und Fr. 43'964'350.- Ertrag mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 1'916'690.- abschliessende Voranschlag für das Jahr 2013 wird genehmigt.

3. Oberstufenschule Hinterkappelen; Sanierung Schulküche; Genehmigung Verpflichtungskredit

Bericht

Gemäss Botschaft zur Dezember-Gemeindeversammlung.

Anträge des Gemeinderates

Der Gemeinderat beantragt der Versammlung:

- 1. Genehmigung eines Verpflichtungskredits von Fr. 250'000.- für die Sanierung der Schulküche des Oberstufenschulhauses an der Schulstrasse 9, 3032 Hinterkappelen.
- 2. Ermächtigung des Gemeinderates zur Finanzierung, nötigenfalls durch Fremdmittelbeschaffung sowie zur Bewilligung rein teuerungsbedingter Mehrkosten.

Beratung

Gemeinderätin Ursula E. Brunner macht einige Ergänzungen zur Botschaft und erläutert anhand von Bildern die Notwendigkeit der Küchensanierung.

Aus der Versammlung gibt es keine Wortmeldungen.

Abstimmung

Die Anträge des Gemeinderates werden mit grossem Mehr ohne Gegenstimmen gutgeheissen.

Gemeindebeschluss

- 1. Für die Sanierung der Schulküche des Oberstufenschulhauses an der Schulstrasse 9, 3032 Hinterkappelen, wird ein Verpflichtungskredit von Fr. 250'000.- genehmigt.
- 2. Der Gemeinderat wird zur Finanzierung, nötigenfalls durch Fremdmittelbeschaffung sowie zur Bewilligung rein teuerungsbedingter Mehrkosten, ermächtigt.

4. Berichterstattung und Verschiedenes

Gemeindepräsident Eduard Knecht informiert zum Thema Sicherheit. In der Gemeinde gibt es vermehrt Einbruchdiebstähle. Zum Glück ist der Trend dank der engen Zusammenarbeit Bevölkerung/Behörde/Polizei rückläufig. Die Polizei hat die Patrouillentätigkeit intensiviert und Delinquenten konnten angehalten werden. Vermehrt werden Taschendiebstähle im Einkaufszentrum Chappelenring festgestellt. Wie sich die Bevölkerung gegen Dämmerungseinbrüche schützen soll wird neben Flugblättern auch im nächsten Gemeindeblatt beschrieben.

Die Bevölkerung wird an der Juni-Gemeindeversammlung über ein Polizeireglement abstimmen können. Darin wird neu die Videoüberwachung geregelt. Auch die Auswirkungen des neuen kantonalen Hundegesetzes sollen gemeindeweit geregelt werden.

Gemeinderat Michael Hänzi orientiert über den Stand der Überbauungsordnung Kappelenbrücke. Die Überbauungsordnung (Üo) und das Baugesuch sind beim Kanton in der Vorprüfung. Auf Ende Jahr wurde der Vorprüfungsbericht vom Kanton angekündigt. Anschliessend werden die Üo und das Baugesuch wenn nötig angepasst und öffentlich aufgelegt. Sofern die Vorschriften eingehalten und keine Einsprachen eingehen kann die Baubewilligung erteilt werden. Anhand eines Bildes erklärt er, warum die gestellten Profile sehr nahe an der Strasse aufgestellt sind (zurückversetztes Sockelgeschoss).

Weiter informiert er über die Bautätigkeit in der Gemeinde Wohlen. Seit dem 1. Januar 2012 sind bei der Abteilung Bau und Planung 82 neue Baugesuche eingegangen, wovon 60 genehmigt wurden. Bei sieben Gesuchen sind Einsprachen eingegangen. Weiter musste ein Bauabschlag erteilt sowie vier Anzeigen gemacht werden. Weiter ist zu bemerken, dass die Abteilung Bau und Planung zusätzliche Baubewilligungen erteilt hat für Gesuche aus den letzten Jahren und deshalb immer noch mehr Bewilligungen erteilten als neue Gesuche eingehen.

Gemeinderätin Ursula E. Brunner orientiert über den Aufbau der strategischen Unterhaltsplanung bei gemeindeeigenen Liegenschaften, welche einem strategischen Ziel des Gemeinderates entspricht. Dieses Jahr ist dafür im Investitionsplan Fr. 70'000.- enthalten. Aufgrund des nun vorliegenden Berichts kann festgestellt werden, dass sich alle Liegenschaften in einem mittleren bis guten oder sehr guten Zustand befinden. Weiter zeigt der Bericht auf, welcher jährliche finanzielle Aufwand nötig ist, um diesen Stand zu halten. Der Unterhaltsbedarf wird künftig steigen. Der Gemeinderat hat daher für den Unterhalt den Budgetbetrag von 2.5 auf teuerungsbedingte 3 Mio Franken beschlossen.

Erfreut konnte festgestellt werden, dass die Anlagekosten von 2 Mio Franken gemäss Kostenschätzung für die Sanierung der Schulanlage Wohlen eingehalten werden. Bis auf kleinere Schlussarbeiten im Gebäudeinneren sind alle Arbeiten abgeschlossen. Am 2. Februar 2013 findet die Schluss-Sitzung der nicht ständigen Kommission 'Sanierung Schulanlage Wohlen' statt. Damit das gelungene Werk besichtigt werden kann, ist für August 2013 ein Tag der offenen Tür geplant. Zwei Organisationen hatten ihr Interesse für das Schulhaus Säriswil bekundet, wovon sich eine Mitte November zurückgezogen hat. Im ersten Drittel des neuen Jahres sollten die Verhandlungen mit der ARCO-Schule abgeschlossen sein. Alle Räume im Bereich der Turnhalle können von den Mietern weiterhin bis kommenden Juni genutzt werden. Aktuelle Informationen zum Schulhaus Säriswil werden auf der homepage der Gemeinde publiziert.

Eine nicht ständige Kommission hat Vorschläge für eine bessere Auslastung des Reberhauses ausgearbeitet. Diese werden demnächst dem Gemeinderat unterbreitet. Die Nutzungsoptimierung erfolgt unter folgender Zielsetzung: Erhöhung der Auslastung und des Selbstfinanzierungsgrades sowie Erschliessung des Marktes für Firmen und weitere Interessierte, um eine Erhöhung der Tagesfrequenz zu erzielen.

Gemeinderat Bänz Müller orientiert über die kommenden Neuerungen ab 1. Januar 2013. Die bisherige Vormundschaftsbehörde heisst neu Kinds- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB). Bisher bestand die Behörde aus je zwei Bürgerinnen und Bürgern aus den Gemeinden Wohlen, Kirchlindach, Frauenkappelen und Bremgarten plus der Präsidentin, ebenfalls aus Bremgarten. Diese Behörde wird Ende 2012 aufgelöst und durch die KESB mit Sitz in Fraubrunnen ersetzt. Die aus fest angestellten Fachleuten bestehende KESB wird alle nötigen Entscheide fällen. Dies erklärt zu einem grossen Teil die Mehrbelastung im Finanzausgleich, welche von Christian Lauterburg angetönt wurde. Die Abklärungen und das Erstellen von Anträgen obliegt nach wie vor den Sozialen Diensten Wohlen.

In enger Zusammenarbeit mit den Schulleitungen wurden für alle drei Schulkreise SchulsozialarbeiterInnen angestellt. Für die Schulen Hinterkappelen, Wohlen und Murzelen handelt es sich um Herrn Mäder und bei den Schulen Uettligen, Kirchlindach und Herrenschwanden um Frau Häfeli.

Per 1. Januar 2013 wechselt die Gemeinde Meikirch vom Sozialdienst Schüpfen zu den Sozialen Diensten Wohlen. Mit den neu 19'000 EinwohnerInnen der Gemeinden Wohlen, Kirchlindach, Frauenkappelen, Bremgarten und Meikirch haben die Sozialen Dienste eine optimale Grösse erhalten. Die Anpassung der bereits erhaltenen Dossiers beansprucht mehr Zeit als erwartet. Die

Stellenprozente für die Sozialarbeit und die Sachbearbeitung 'wandern' von Schüpfen nach Wohlen.

Auf anfangs 2013 wird die Kindertagesstätte in Hinterkappelen vom Verein für externe Kindertagesbetreuung in die Gemeinde Wohlen integriert. Der Bereich der Tageseltern bleibt beim Verein.

Der Seniorenrat hat ein intensives Jahr hinter sich. Gemäss Leistungsvereinbarung wird er an der nächsten Gemeindeversammlung detaillierter darüber informieren. Er dankt dem Seniorenrat und allen aktiven Mitgliedern des Seniorenvereins herzlich für ihre Arbeit.

Zum Schluss macht er noch einen Aufruf für Rotkreuz-Fahrten. Es werden freiwillige Fahrerinnen und Fahrer gesucht, welche Bürgerinnen und Bürger aus Wohlen zu Ärzten, Therapien, in Spitäler, zum Einkauf, Coiffeur oder an einen besonderen Anlass begleiten. Es liegen Flyer auf und Interessierte können sich im Anschluss an die Gemeindeversammlung an René Borel oder an ihn wenden.

Gemeinderätin Maja Gerber: Im Sommer wurden bei der Schiessanlage der Jagdschützen Bergfeld Lärmmessungen durchgeführt. Neu unterstehen auch Jagdschiessanlagen und Kleinkaliberschiessstände der Lärmschutzverordnung. Die Messungen wurden vom Kanton gefordert, da Grenzüberschreitungen vermutet wurden, welche einer Sanierung bedürfen. Die Messungen ergaben, dass bei einem von acht Messpunkten der Grenzwert überschritten wurde, worauf die Jagdschützen provisorische Sanierungsmassnahmen vornahmen. Anschliessend gab es keine Überschreitungen mehr. Der Kanton wird nun gemeinsam mit den Jagdschützen erforderliche Massnahmen beschliessen und deren Umsetzung überprüfen. Die Gemeinde wird auf dem Laufenden gehalten, kann aber nicht aktiv Einfluss nehmen, da das Land den Schützen gehört und diese vom Kanton kontrolliert werden.

Anne Battocletti, Säriswil, möchte auf Alltagssachen aufmerksam machen, welche im Leben viel Qualitiät bringen. In der oberen Gemeinde gibt es kaum Strassenlampen und nicht jeder Zebrastreifen ist beleuchtet. Häufig sind die Strassenlampen auch defekt, so dass sie einen ganzen Monat im Dunkeln tappen müssen. Meldet sie dies der Gemeindeverwaltung, erhält sie oft die Antwort, dass die Lampen gerade ausgewechselt wurden. Kinder müssen so im Dunkeln bei der Postautohaltestelle warten, was sehr unangenehm ist.

In Privatautos müssen für Kinder Autositze montiert werden. Warum gibt es in den Postautos keine? Kürzlich war sie um 08.00 Uhr im Postauto, in welchem es viele Kinder hatte. Diese waren sehr lebendig und tobten herum. In Uettligen musste der Postautochauffeur eine Vollbremsung machen. Glücklicherweise ist niemandem etwas passiert.

Gemeinderätin Susanne Schori nimmt die Anliegen in Vertretung von Anita Herrmann entgegen. Peter Känzig, Leiter Gemeindebetriebe, ist ebenfalls anwesend hat das Votum gehört. Im Rahmen der Schulwegsicherung werden diese Abklärungen gemacht.

Hans-Peter Kiener, Hinterkappelen: Martin Gerber hat vorhin Art. 23 erwähnt. Um welchen Art. 23 geht es? Als GEPK-Mitglied bittet er den Versammlungsleiter, Art. 23 näher zu erklären, damit Mathias Moser keine Beschwerde einreichen muss.

Gemeindeversammlungsleiter Martin Gerber: Gemäss Art. 23 können Anträge aus der Bevölkerung, wenn diese in die Zuständigkeit der Gemeindeversammlung gehören, überwiesen werden. Gehören sie in die Kompetenz des Gemeinderates, kann dieser entscheiden, ob er den Antrag umsetzen will oder nicht und teilt dieses der Gemeindeversammlung mit. Er ist der Meinung, dass der von Mathias Moser gestellte Antrag gemäss Art. 23 Abs. 4 offensichtlich undurchführbar ist, da dieser nichts darüber aussagt, wo die Kürzungen erfolgen sollen. Ein Rückweisungsantrag wäre möglich gewesen mit dem Auftrag, der Gemeinderat habe der Gemeindeversammlung einen Voranschlag mit einem Defizit von 1.5 Mio Franken zu unterbreiten. Da der gestellte Antrag unpräzis ist, kann nicht darauf eingetreten werden.

Urs Bircher, Hinterkappelen, möchte wissen, auf welcher gesetzlichen Grundlage der genannte Art. 23 basiert.

Gemeindeversammlungsleiter Martin Gerber: Es ist die Rede von Art. 23 der Gemeindeverfassung. Der gleiche Wortlaut ist auch im Abstimmungs- und Wahlreglement vorhanden.

Verleihung Wohlener Hecht

Gemeinderätin Susanne Schori liest ein Gedicht aus einem Gedichtband vor, welches der Preisträger geschrieben hat. Dieser Schreiber setzt sich seit langem für Kunst und Künstler ein. 2009 hat sie das Departement Liegenschaften, Land- und Forstwirtschaft von ihm übernommen. Die Rede ist von Martin E. Gerber, einem enorm vielfältigen Menschen: Diplomgeologe, Dr. phil. Nat., selbständiger Geologe, langjähriger Gemeinderat und vor allem Künstler und Kunstförderer. In der alten Schmiede in Uettligen haben mindestens 180 unbekannte, verkannte, bekannte oder anerkannte Künstler schon ihre Werke ausgestellt. Sein Name ist in Künstlerkreisen über die Gemeindegrenzen hinaus bekannt.

Unter grossem Applaus gratuliert sie Martin E. Gerber und überreicht ihm die Hecht-Urkunde, Blumen und einen kleinen Barpreis.

Martin E. Gerber, Uettligen, dankt herzlich für die Nominierung und die Ehrung. Weiter dankt er allen Kunstschaffenden, die ihn durchs Leben begleitet haben. Es braucht aber auch ein Publikum mit dem nötigen Interesse an Kunst. Er erwähnt, wie lange und wo er bereits mit Kunst in Verbindung kam. Das Leben wird durch die Kunst bereichert.

Gemeindepräsident Eduard Knecht bedankt sich bei seinen Gemeinderatskolleginnen und – kollegen für die grosse Arbeit, bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für ihren Einsatz und bei den Anwesenden für das Mitmachen und Mitdenken zum Wohle der schönen, attraktiven Gemeinde Wohlen. Er wünscht allen eine besinnliche Adventszeit, frohe Weihnachten und viel Zuversicht und Kraft fürs 2013.

Gemeindeversammlungsleiter Martin Gerber dankt für die Teilnahme an der Gemeindeversammlung, für das Engagement und für das Mitmachen. Er entschuldigt sich dafür, manchmal etwas kurz angebunden zu sein und bittet um Verständnis. An der heutigen Versammlung hat er von Versammlungsteilnehmenden auch Adjektive gehört, die der Gemeinderat für seine Arbeit nicht verdient hat. Er weist auf den kommenden gemütlichen zweiten Teil hin und dankt René Borel für die Organisation. Er schliesst die Versammlung um 21.45 Uhr.

NAMENS DER GEMEINDEVERSAMMLUNG

Gemeindeversammlungsleiter Gemeindeschreiber-Stv.

Martin Gerber Anita Remund Wyss